



## Spielball

Heute vor 100 Jahren schlossen Abgesandte aus Kiew und Vertreter der Mittelmächte den »Brotfrieden« – die Ukraine entstand. Der Staat sollte der deutschen Strategie zur Zerschlagung Russlands dienen.  
 Von David X. Noack

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 9. FEBRUAR 2018, NR. 34 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Arbeiterrechte

Der Aufstieg Chinas steht Interessen des US-Imperialismus entgegen. Ein Gespräch mit Ding Xiaojin

3

### Unsicherheit

Die Welt des »Siko«-Chefs: Am Wettrennen sind laut Ischinger nicht-westliche Staaten schuld

4

### Abstimmung

Präsidentenwahl in Venezuela findet am 22. April statt. Staatschef Maduro ist wieder Favorit

7

### Weltwirtschaft

BRD-Exporte 2017 auf neuem Rekordhoch. Die Kritik daran wird nicht lange auf sich warten lassen

9



# US-Bomben auf Syrien

Schwerster Angriff der USA auf syrische Truppen seit fast einem Jahr. Zum Hintergrund bleiben die Offiziellen vage. Von Knut Mellenthin

»Akt der Selbstverteidigung«: USA verstärken ihre militärischen Aktivitäten gegen Syrien

Die USA und Israel verstärken ihre militärischen Aktivitäten gegen Syrien. Kampfflugzeuge beider Länder griffen am Mittwoch Streitkräfte der syrischen Regierung oder mit diesen verbündete Truppen an. Während die israelische Regierung wie üblich jeden Kommentar verweigerte, gab die offiziell für die Terrorismusbekämpfung im Nahen Osten zuständige US-Kommandostelle »Combined Joint Task Force – Operation Inherent Resolve« (CJTF-OIR) eine magere Presseerklärung ab.

Nicht näher bezeichnete »syrische Pro-Regime-Kräfte« hätten am Mittwoch einen »nicht provozierten Angriff« gegen das Hauptquartier der mit den USA verbündeten und von ihnen unterstützten »Syrischen Demokratischen Kräfte« (SDK) in Nordostsyrien unternommen. In dem acht Kilometer östlich des Flusses Euphrat

gelegenen Gebiet hätten sich auch »Angehörige der Koalition«, vermutlich US-Soldaten, aufgehalten. Die »Koalition« habe »in einem Akt der Selbstverteidigung« nicht näher bezeichnete »Schläge gegen die angreifenden Kräfte« durchgeführt, »um die Aggression abzuwehren«.

US-amerikanische Militärsprecher, die auf Anonymität bestanden, teilten den Medien darüber hinaus mit, dass es sich um Luftschläge gegen bis zu 500 »Angreifer« gehandelt habe. Ungefähr 100 von ihnen seien getötet worden. US-Soldaten seien nicht zu Schaden gekommen, ein Mitglied der SDK sei verletzt worden. Wer die »Angreifer« waren, wollten auch diese Militärsprecher nicht genau sagen. Nach ihren Aussagen habe man schon in der vorigen Woche einen »langsamen Aufbau« von »Pro-Regierungs-Kräften« in der Gegend bemerkt und die russische Seite

warnend darauf hingewiesen. In der gesamten Zeit vor, während und nach den Luftangriffen am Mittwoch habe Kontakt zu den in Syrien stationierten russischen Kräften bestanden.

Es muss sich, wenn diese Angaben stimmen, um den schwersten Angriff auf syrische Truppen seit April 2017 gehandelt haben. Damals hatte Donald Trump von US-Kriegsschiffen im Mittelmeer aus 59 Marschflugkörper gegen den Luftwaffenstützpunkt Al-Schaaairat im Südwesten Syriens starten lassen. Der Überfall war mit einem angeblichen Giftgaseinsatz begründet worden, bei dem rund 100 Zivilpersonen getötet worden seien.

Zum israelischen Luftangriff liegt bisher nur die offizielle syrische Darstellung vor. Dieser zufolge hätten israelische Kampfflugzeuge in der Nacht zum Mittwoch vom libanesischen Luftraum aus mehrere Raketen auf eine nicht näher bezeichnete

Militärstellung in einem ländlichen Gebiet in der Umgebung der Hauptstadt Damaskus gefeuert. Die syrische Luftabwehr habe »mehrere« Raketen zerstören können. Von eigenen Verlusten und Schäden war in dieser Pressemitteilung nicht die Rede.

Die US-Regierung hat in den letzten Tagen mehrfach behauptet, dass die syrischen Streitkräfte chemische Kampfstoffe gegen die bewaffnete Opposition und gegen die Zivilbevölkerung einsetzen würden. Die Pressesprecherin des State Department, Heather Nauert, warf der syrischen Regierung am Montag vor, in der nordwestlichen Provinz Idlib »unschuldige Zivilisten« mit Chlorgas angegriffen zu haben. Das sei bereits die sechste gemeldete Attacke innerhalb von 30 Tagen gewesen. Verteidigungsminister James Mattis hatte Syrien schon am vorigen Freitag mit militärischen »Reaktionen« der USA gedroht.

## Frankreich stockt Militäretat deutlich auf

Paris. Frankreich will seine Ausgaben für das Militär in den kommenden sieben Jahren kontinuierlich erhöhen. Insgesamt sind Ausgaben in Höhe von 295 Milliarden Euro im Zeitraum von 2019 bis 2025 vorgesehen. Das geht aus einem Gesetzentwurf hervor, der am Donnerstag dem Kabinett in Paris vorgelegt werden sollte. Ziel sei, die Militärausgaben bis zum Jahr 2025 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. In den vergangenen Jahren hatte es in der französischen Armee wegen Finanzproblemen Personalabbau gegeben. Erst nach den Anschlägen von 2015 wurde wieder mehr Geld in das Militär gesteckt. »Die letzten Verteidigungshaushalte haben den Streitkräften Kraftanstrengungen abverlangt. Dieses Mal verlangen wir Anstrengungen von der Nation für die Streitkräfte«, hieß es im Umfeld von Verteidigungsministerin Florence Parly. (AFP/jW)

## Zahl der Krankenhäuser bundesweit rückläufig



Berlin. Die Zahl der Krankenhäuser ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten um rund 14 Prozent auf nur noch 1.951 Einrichtungen im Jahr 2016 gesunken. Im selben Zeitraum ging die Zahl der Krankenhausbetten um rund 16 Prozent zurück. Das geht aus der aktuellen Gesundheitsberichterstattung des Bundes hervor. Linken-Fraktionsvizechefin Sabine Zimmermann, die auf die Zahlen aufmerksam machte, sagte der Deutschen Presseagentur am Donnerstag: »Krankenhausschließungen gefährden die medizinische Versorgung in der Fläche, gerade in ländlichen Regionen.« Der zuständige Gemeinsame Bundesausschuss macht Vorgaben für einzelne Therapien. Wenn diese nicht eingehalten werden, sollen Abteilungen oder ganze Häuser schließen. Zuständig für die Krankenhausplanung sind im wesentlichen die Länder. (dpa/jW)

## NATO-Hauptquartier in BRD geplant

Truppen und Material sollen schneller in Richtung Russland bewegt werden können

Im Zuge der Aufrüstung der NATO gegen Russland soll die Bundeswehr ein neues Kommandozentrum für schnelle Truppen- und Materialtransporte aufbauen. Nach dpa-Informationen haben sich die Bündnisstaaten grundsätzlich darauf verständigt, ein entsprechendes Angebot von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) anzunehmen. Andere Kandidaten für das Planungs- und Führungszentrum gibt es demnach nicht. Die offizielle Entscheidung soll bei einem NATO-Verteidigungsministertreffen in der kommenden Woche

verkündet werden. Ein zweites neues Hauptquartier wird den aktuellen Planungen zufolge in den USA aufgebaut.

Um Moskau zu provozieren, wurden zuletzt bereits mehrere tausend NATO-Soldaten im Baltikum und in Polen stationiert, die im Ernstfall von einer schnellen Eingreiftruppe Verstärkung bekommen sollten. Standort für das neue Planungs- und Führungszentrum in Deutschland könnte nach dpa-Informationen die Region Köln-Bonn werden. Dort haben schon heute die Streitkräftebasis und das Streitkräfteamt der Bundeswehr ihren Sitz.

Besonderheit des neuen Hauptquartiers in Deutschland soll sein, dass es nicht in die bestehende NATO-Kommandostruktur integriert wird. Dies könnte es ermöglichen, das Personal und die Fähigkeiten auch für nationale Übungen und Einsätze außerhalb des Bündnisses zu nutzen. Offenbar werden mehrere hundert neue Dienstposten geschaffen werden.

Das Bundesverteidigungsministerium wollte sich am Donnerstag lediglich allgemein zu den laufenden Planungen äußern. »Deutschland ist mit Blick auf seine Kompetenzen, seine Anerken-

nung im Bündnis sowie seine zentrale geografische Lage eine der Nationen, die für die Aufstellung und den Betrieb dieses Kommandos grundsätzlich in Frage kommen«, sagte ein Sprecher. Die Linke forderte die Bundesregierung auf, das Vorhaben nicht umzusetzen. Statt Entspannungspolitik mit Russland zu betreiben, setze sich Deutschland an die Spitze der Säbelrassler und Scharfmacher, kritisierte der Bundestagsabgeordnete Alexander Neu. Das geplante neue Hauptquartier sei »das absolut falsche Signal«.

(dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg



**China pflegt mit vielen afrikanischen Staaten enge Handelsbeziehungen. Welche Strategie verfolgt Beijing auf dem Kontinent?**

Strategie klingt ein bisschen aggressiv. Ich würde eher von einer chinesischen Politik sprechen. Es gibt eine lange Geschichte der freundschaftlichen Kooperation zwischen China und afrikanischen Staaten, seit der Zeit Mao Zedongs. Damals war China ein sehr armes Land. Aber um die Unterstützung afrikanischer Länder zu erhalten, bot Beijing ihnen ökonomische Hilfe an. Die chinesische Bevölkerung und auch die chinesische Führung hungerten, um diese Hilfe leisten zu können. Seit 2006 treibt China den Kurs einer verantwortungsvollen, machtvollen Nation voran. Wir brauchen ökonomische und politische Kooperation im neuen Jahrtausend. China übernimmt mehr und mehr Verantwortung in der globalen Wirtschaft, auch in Afrika.

**China hat einen Plan neuer globaler Handelswege vorgelegt. Welche Rolle spielen diese für den afrikanischen Kontinent?**

In die »One Belt – One Road«-Initiative sind einige afrikanische Länder eingebunden. Wir wollen bereits bestehende Strukturen nicht zerschlagen, sondern mit den lokalen Unternehmen kooperieren. Diese benötigen auch Ressourcen oder Ratschläge aus China. Wenn wir die »One Belt – One Road«-Initiative voranbringen, versuchen wir ökonomische und technologische Hilfe zur Verfügung zu stellen und Menschen vor Ort auszubilden. Wir helfen beim Aufbau von Industrieparks und Industriezonen, wie wir es auch in China sehr erfolgreich getan haben. Wir versuchen unsere Erfahrung an afrikanische Länder weiterzugeben.

**Warum macht die chinesische Führung das? Welchen Vorteil erhofft sich die Volksrepublik davon?**

Vorteil? Nun es gibt immer wieder Kritik von westlichen Staaten an Chinas Absicht der Entwicklung der Beziehungen mit afrikanischen Staaten. Es heißt dann, China ist ein großes Land mit großer Bevölkerung, und wegen der schnell voranschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung brauche das Land viele Ressourcen. China würde für diese Afrika ausbeuten. Aber meine Erfahrungen, die ich in Gesprächen mit Vertretern afrikanischer Länder gemacht habe, sind, dass wir in den politischen und ökonomischen Beziehungen keine politischen Vorbedingungen stellen. Wir kooperieren auf Basis der Gleichheit; auf Augenhöhe. Dies waren immer die Prinzipien der chinesischen Außenpolitik.

**Und das ist das Gegenteil der US-Außenpolitik?**

Ja. Wenn Sie afrikanische Länder besuchen, finden Sie viele Hinweise auf den Kolonialismus der westlichen Staaten. Der chinesische Einfluss macht sich hingegen durch neueste Technik in Industrieanlagen bemerkbar. Das ist ein großer Unterschied. Wir stellen Technik und Arbeitsplätze zur Verfügung. Aber nicht, um die Menschen zu kolonialisieren.

**Der Imperialismus der USA basiert auf der Macht des US-Dollar. Wie kann China dazu beitragen, dass sich Staaten aus dieser Umklammerung befreien können?**

China ist auch ein Opfer des US-Dollar. Ich denke, die Volksrepublik spielt die Rolle eines Stabilisierers der Welt-



**Aufbau einer neuen Gesellschaft. Arbeiter hinter chinesischer Flagge in Beijing (24. April 2013)**

# »Wir wollen die Rechte unserer Arbeiter verteidigen«

Der Aufstieg Chinas steht den Interessen des US-Imperialismus entgegen. Ein Gespräch mit Ding Xiaoqin

wirtschaft. Wir hoffen, dass mehr und mehr Länder Handel in chinesischen Yuan tätigen. Viele Länder in Afrika wollen aus der US-Dollar-Hegemonie ausbrechen. Ein Weg ist es, den Yuan als Handelswährung zu akzeptieren. Der Yuan wurde in die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds aufgenommen. Wenn mehr und mehr afrikanische Länder den Yuan bevorzugen, wird sich früher oder später die von China vorgeschlagene politische Ordnung auf Basis der Gleichheit durchsetzen. Die Währung ist dafür wahrscheinlich der wichtigste Faktor. Der Dollar, aber auch der Euro, werden genutzt, um die Welt ausbeuten zu können.

**Aber auch die chinesische Regierung ist darauf angewiesen, sich über den Kauf von US-Staatsanleihen zu finanzieren. Ist das nicht ein Dilemma?**

Tatsächlich sind wir im Begriff, den Ankauf der US-Staatsanleihen zu reduzieren. Aber wir können es nicht auf einen Schlag einstellen. Wie ich erwähnte, ist China ein Stabilisierer der Weltwirtschaft. Wenn wir schnell große Bestände unserer Dollarbestände abstoßen, führt das zu Ungleichgewichten. Die US-Wirtschaft hängt stark von der Entwicklung in China ab. Die Löhne der Arbeiter in den USA sind seit den 70er Jahren gesunken. Wie könnten die Arbeiter ohne die billigen Arbeitskräfte und deshalb günstigen Produkte aus China überleben?

**Und steigen die Löhne in China?**

Ja, die Löhne steigen stark. Die transnationalen Konzerne sind nur an Profiten interessiert. Einige von ihnen haben ihre Fabriken nach Vietnam, Malaysia oder Indien verlegt, weil sie dort billigere Arbeitskräfte vorfinden. Wir wollen die Rechte unserer Arbeiter verteidigen. Die US-Wirtschaft befindet sich im Nieder-

gang. China richtet seine Wirtschaft neu aus. Von einer Exportorientierung zu einem stärkeren Wachstum der Binnenwirtschaft. Derzeit wird viel in die Infrastruktur im Landesinneren investiert, um die dortige Industrie zu entwickeln.

**Der Westen fordert täglich, China müsse seine Märkte mehr für ausländische Investoren öffnen. Braucht das Land mehr Kapital aus dem Ausland?**

Tatsächlich haben wir in den vergangenen zehn Jahren unsere Politik gegenüber ausländischen Investoren geändert. Nach den Reformen in den 1970/80er Jahren kamen ausländische Investoren ins Land. Die Regierung wollte, wie sie es nannte, Fortschritt durch Technologie und Erfahrung im Management machen. Schrittweise fanden wir heraus, dass die Technologie, die wir von den multinationalen Konzernen erhielten, veraltet war. China trat 2001 der Welthandelsorganisation, WTO, bei und macht sich mehr und mehr mit den Regeln der Organisation vertraut. Aber die USA wollen die Entwicklung Chinas behindern, etwa durch das von Barack Obama ratifizierte sogenannte Freihandelsabkommen TPP. Tatsächlich verfügen wir auch in China über sehr viel Kapital, um zu investieren. Wenn wir heutzutage darüber reden, ausländische Investoren einzuladen, bitten wir sie nicht nur hinein, tatsächlich suchen wir sie uns aus. Wir prüfen, welche Investition gut für das Land ist, umweltfreundlich und gut für die Arbeiter ist.

**Welche Bedeutung kommt dem Finanzmarkt in der Volksrepublik zu? Zum Jahresbeginn 2016 stürzten die Aktienkurse in Shanghai und Shenzhen ins Bodenlose. Welche Macht haben Spekulanten in China?**

Die Staaten des Westens fordern China stets auf, den Finanzmarkt zu öffnen. Ausländisches Kapital, heißes Geld, kam auf geheimen Wegen ins Land. Viel von diesem Geld floss in den Aktienmarkt. Die Regierung versucht den Finanzmarkt stärker zu regulieren. Aus-

ländische Investoren wollen den chinesischen Finanzmarkt stören. Aber Beijing verfügt über eine starke Macht, um den Markt zu kontrollieren. Auch weil es im Land große staatsseigene Unternehmen und Finanzinstitute gibt. Viele Menschen verloren bei dem Kurssturz ihr Vertrauen. Die Regierung versuchte, ihnen zu erklären, dass sie systemische Finanzrisiken ausschließen wollte und diese von westlichen Staaten herbeigeführt worden waren; von dem US-Großkapital. Heute ist der Finanzmarkt stabilisiert. Auch die Finanzkrise in den USA 2008 hat den chinesischen Markt kaum beeinflusst. Auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober vergangenen Jahres wurde ein stärkerer Einfluss der Partei in der Wirtschaft, den Medien, der Ausbildung und der Ideologie eingefordert, um China auf dem rechten Weg zu halten.

**Erstmals sind chinesische Truppen außerhalb des Landes in Dschibuti, am Horn von Afrika, im Rahmen einer UN-Mission stationiert. Unter anderem soll gegen Piraterie vorgegangen werden, um Handelsrouten zu sichern. Wird Beijing mehr Soldaten in die Welt schicken?**

Ich denke nicht, dass unsere Truppen aus China ausgesendet wurden, um ökonomische Rechte in afrikanischen Ländern zu verteidigen. Wir haben nur Soldaten im Rahmen der Vereinten Nationen bereitgestellt. Sie sollen den Frieden in der Region sichern, nicht unser nationales Interesse. China wird auch in Zukunft Truppen nicht zu solchen Zwecken aussenden. Wir verfügen über starke Streitkräfte. Wir werden uns aber niemals in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Das sind unsere Prinzipien. **Interview: Simon Zeise**

**Hintergrund: Neue Handelsregeln**

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos hob der Vorstandsvorsitzende von Siemens, Josef Käser, die globalen Machtverschiebungen hervor: »Die Welt spielt bald nach chinesischen Regeln. Chinas »Gürtel und Straße« wird zur neuen WTO, ob es Ihnen gefällt oder nicht«, sagte er.

Beijings »One Belt – One Road«-Initiative sieht den Bau von Infrastruktur wie Straßen und Zugstrecken vor und erstreckt sich auf dem Landweg (Gürtel; Belt) wie zu Wasser (Straße; Road) über 70 Länder hinweg.

Die britische Premierministerin Theresa May weigerte sich bei ihrem Staatsbesuch in Beijing in der vergangenen Woche, die »Gürtel und Straße«-Initiative offiziell zu unterstützen. Im US-Kongress wurde vergangene Woche eine Studie vorgestellt, nach der in den bisherigen Bauprojekten entlang der Seidenstraße, die meist von China finanziert werden, knapp 90 Prozent der Aufträge an chinesische Unternehmen vergeben werden, berichtete die FAZ am 2. Februar.

So wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten wolle auch Frankreich die Initiative nicht unterstützen. Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte im August vergangenen Jahres gewarnt, »wenn es uns nicht gelingt, eine eigene Strategie mit Blick auf China zu entwickeln, dann wird es China gelingen, Europa zu spalten.«

Sollten entlang der »Neuen Seidenstraße« künftig Streitigkeiten unter Handelspartnern auftreten, soll ein internationaler Gerichtshof diese klären – genau wie in der Welt Handelsorganisation (WTO), die Siemens-Boss Käser als Teil des US-amerikanischen Zeitalters ansieht, das bald vorbei sein könnte, heißt es in der FAZ. »Das Seidenstraßen-Gericht soll laut Informationen des Shanghaier Finanznachrichtenportals Yicai seinen Sitz in Beijing haben, mit Zweigstellen in Chinas südlicher Handelsmetropole Shenzhen und in der alten Kaiserstadt Xi'an.« Eine eigene Seidenstraßenbank hat China bereits gegründet: die Asiatische Infrastruktur- und Entwicklungsbank (AIIB), die vor allem von China getragen wird und ihren Sitz ebenfalls in Beijing hat. Dort wolle auch Chinas Handelskammer nun ein Gremium gründen, das künftig Handelsstreitigkeiten schlichten soll, heißt es in der FAZ. Das von den USA und der EU geprägte WTO-Recht sei nicht mehr zeitgemäß, zitiert das Blatt aus einem Schreiben der chinesischen Handelskammer.

In der EU haben Ungarn, Tschechien und Rumänien eine Vereinbarung über die »Neue Seidenstraße« unterzeichnet. »Ob die britische Premierministerin May bei einer weiteren Isolation Großbritanniens nach dem Brexit ihren Widerstand gegen die Seidenstraße beibehält, ist noch nicht ausgemacht«, meint die FAZ. (sz)

**Die XXIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz im Stream**

Beiträge der Referentinnen und Referenten sowie die Podiumsdiskussion zum Ansehen: [www.rosa-luxemburg-konferenz.de](http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de)

# Die Welt des »Siko«-Chefs

Am Wettrüsten sind laut Wolfgang Ischinger nichtwestliche Staaten schuld – und über die Zukunft Syriens redet man zuletzt mit dessen Bewohnern. **Von Claudia Wangerin**

Die 54. »Münchener Sicherheitskonferenz«, auch bekannt als »Siko«, beginnt erst in einer Woche, da hat deren Vorsitzender Wolfgang Ischinger schon mal in Berlin klar gestellt, was er von der neuen Bundesregierung erwartet. Im Koalitionsvertrag der Unionsparteien und der SPD, deren Basis formal noch bei einem Mitgliederentscheid zustimmen muss, fehlt dem ehemaligen Spitzendiplomaten ein klares Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO. »Ich hätte es persönlich gut gefunden, wenn die Bundesrepublik Deutschland sich ohne Wenn und Aber zu den von ihr selbst mitbeschlossenen Zielen von Wales und Warschau bekannt hätte und das auch so ausbuchstabiert hätte«, sagte Ischinger am Donnerstag in den Räumen der Bundespressekonferenz. Das 2014 in Wales beschlossene Ziel sieht eine Anhebung der Verteidigungsausgaben in Richtung zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2024 vor. Deutschland liegt zur Zeit bei 1,2 Prozent.

In einem neuen Rüstungswettlauf seien »wir« – gemeint sind die EU und »der Westen« – bereits »mittendrin«. Schuld sind aus Ischingers Sicht natürlich andere Staaten. Er sprach generell von Asien und explizit von China sowie von Russland und mehreren Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Allerdings, so rühmte sich Ischinger, seien fast alle Kontrahenten im Nahen und Mittleren Osten auf der Konferenz am 17. Februar vertreten. Vom israelischen Premier Benjamin Netanjahu über Vertreter des saudischen Königshauses bis zum Emir von Katar. Es sei nicht ganz einfach gewesen »den roten Teppich so auszurollen«, dass der Emir selbst und nicht nur sein Außenminister käme, so Ischinger.

Die amtierende deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) werde mit ihrer französischen Amtskollegin die Tagung eröffnen –



CHRISTIAN-DITSCHDE

Ein großes Polizeiaufgebot schützt alljährlich die Konferenz im Luxushotel Bayerischer Hof (hier 2014)

erstmals tätigen dies zwei Frauen. Außerdem werde der angehende Außenminister Martin Schulz (SPD) erwartet. Zwölf bis 13 US-Senatoren hätten sich angekündigt – nirgendwo außerhalb der USA sei sonst eine solche Ansammlung möglich – aber auch Russlands Außenminister Sergej Lawrow und die Sprecherin des außenpolitischen Ausschusses im chinesischen Volkskongress, Fu Ying.

Obwohl der Krieg in Syrien und die Zukunft des Landes eine wichtige Rolle spielen wird, nannte Ischinger allerdings weder einen Vertreter der dortigen Zentralregierung noch eine Person, die für die selbstverwaltete »Demokratische Föderation Nordsyrien« – auch bekannt unter dem kurdischen Namen Rojava – sprechen kann. In deren Kanton Afrin

ist die türkische Armee am 20. Januar mit dschihadistischen Hilfstruppen einmarschiert. Der Ministerpräsident des NATO-Partnerlandes Türkei, Binali Yıldırım, ist nun zur Münchener Sicherheitskonferenz eingeladen – dies sei von besonderem Interesse, betonte Ischinger. Die Türkei sei geostrategisch »ein eigentlich unverzichtbarer, möglichst enger Partner«, so der Konferenzchef. Er hoffe, die Tagung könne dazu beitragen, »Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten« vor allem zwischen der türkischen Regierung und der US-Administration beizulegen. Yıldırım komme sicher nicht, »um Öl in die Flamme zu gießen«, sondern wolle um Verständnis für bestimmte »türkische Sorgen« werben, sagte Ischinger. Er vermied es, die syrisch-kurdischen Volks- und Frau-

enverteidigungskräfte YPG und YPJ zu erwähnen, die sich im Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) mit den USA verbündet hatten und von der türkischen Regierung ebenso bekämpft werden wie die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die den gleichen Gesellschaftsentwurf vertritt.

Die Fahnen von YPG und YPJ als Zeichen der Solidarität mit Afrin will die Münchener Polizei bei den Protesten gegen die »Sicherheitskonferenz« nach jW-Informationen nicht dulden – zwar sind die Organisationen hierzulande im Gegensatz zur PKK nicht verboten, aber eine im März 2017 erlassene Verordnung des Bundesinnenministeriums eröffnet die Möglichkeit, das Schwenken dieser Fahnen als Ersatzhandlung für das Zeigen von PKK-Symbolen zu werten.

**D**as Desaster hätte nicht größer sein können: Der Krieg, den die USA in den 60er und 70er Jahren in Vietnam und angrenzenden Staaten Südostasiens führten, wurde zur größten politischen und militärischen Niederlage der Supermacht im 20. Jahrhundert. Trotz waffentechnischer Überlegenheit und des Einsatzes von Hunderttausenden Soldaten konnte das kommunistisch regierte Nordvietnam nicht niedergedrungen, der Vormarsch der Befreiungsbewegung im Süden nicht gestoppt werden. Als Präsident Richard Nixon schließlich unter dem Druck der Weltöffentlichkeit und der eigenen Bevölkerung das US-Militär zurückzog, endete der Versuch, den Krieg mit einheimischen Hilfstruppen weiterzuführen, nach ganz kurzer Zeit mit dem Zusammenbruch des Marionettenregimes im Süden.

Wie kam es dazu? Der italienische Journalist Luca Pollini meint, dass der Krieg nicht in erster Linie auf dem Schlachtfeld entschieden wurde, son-

# Psychogramm der Verheizten

Ein Buch über den US-Veteran Marlin McDade, der in Vietnam Sühne sucht.

**Von Gerd Bedszent**

dern in den Köpfen der beteiligten Soldaten. Pollini schildert im jetzt auch auf Deutsch vorliegenden Band »Rückkehr nach Vietnam« den Krieg aus der Sicht des US-Soldaten Marlin McDade. Die dem Buch zugrundeliegende Geschichte ist wahr. Pollini hat McDade 2016, also Jahrzehnte nach dem Krieg, in Vietnam kennengelernt und mit ihm ein längeres Interview geführt.

McDade stammt aus einer stockkonservativen Kleinstadt im mittleren Westen der USA, Vater und Großvater waren hochdekorierte Veteranen der US-Streitkräfte. Nach Vietnam ging er in der Überzeugung, seinem Land zu dienen und das verbündete Südvietnam vor einer kommunistischen Invasion zu beschützen. Argumente von Kriegsgegnern prallten an ihm ab, Pazifisten waren

in seinen Augen Drückeberger. Mit der damals aufkommenden Hippiebewegung konnte er nichts anfangen, fuhr auch nicht zum legendären Musikfestival nach Woodstock, obwohl er es gekonnt hätte. Trotz der zahlreichen Greuel, die vor seinen Augen stattfanden, blieb er auch dann noch bei seiner Überzeugung, als der Krieg in Vietnam bereits entschieden war und die US-Truppen sich auf dem Rückzug befanden. Erst als er verwundet in einem Lazarett lag, begann er unter dem Einfluss seiner ihn behandelnden vietnamesischen Ärztin die Wirklichkeit des Landes zu begreifen, an dessen Zerstörung er zuvor mitgewirkt hatte.

Der schmale Band vermittelt den Lesern nicht nur zahlreiche Informationen über diesen aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwundenen Krieg und die Verbrechen der beteiligten US-Militärs. Es bietet auch ein gelungenes Psychogramm der Soldaten, die damals von ihrer Regierung verheizt wurden. Nicht nur ein Großteil der US-Bevölkerung forderte schließlich ein Ende des Krieges. Auch immer mehr Soldaten konnten das, was sie taten, nicht mehr verarbeiten, begingen Selbstmord oder setzten sich selbst permanent unter Drogen. In der Endphase verweigerten ganze Einheiten die Einsatzbefehle.

Und Marlin McDade? Wie bei den meisten Vietnam-Rückkehrern hatte er noch lange mit dem Trauma des Krieges zu kämpfen. Seine persönliche Art, damit fertig zu werden, bestand darin, nach Vietnam zurückzukehren, um sich an der Beseitigung von Kriegsfolgen zu beteiligen. So half er zum Beispiel bei der Räumen von Minenfeldern und der Entschärfung von Blindgängern. Und fand dabei Läuterung. Gegen Ende des Buches sagt er zu Pollini: »Weißt Du, worüber ich mich am meisten freue? Wenn ich nach jahrelanger Arbeit sehe, wie die Leute wieder auf ihre Felder gehen, um sie zu bestellen.«

■ Luca Pollini: Rückkehr nach Vietnam. Auf der Seite des Feindes. Aus dem Italienischen von Christina und Johanna Loquai, Zambon Verlag, Frankfurt am Main 2017, 126 Seiten, 15 Euro



Erst im Lazarett lernte der US-Soldat Marlin McDade, wie sehr sein Land in Vietnam gewütet hatte

Mit dem »Brotfrieden« lösten die Mittelmächte des Ersten Weltkriegs (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Osmanisches Reich) die Ukraine erstmals aus dem russischen Staatsverband. Der moderne ukrainische Staat, um den die Großmächte und die Nachbarländer viele Jahre lang buhlten, entstand. Zwar setzten sich in den Jahren 1921/1922 die Bolschewiki durch, doch bis weit in die 1920er Jahre hinein identifizierten führende westeuropäische Politiker die Ukraine als eine der Flanken, an denen die Sowjetunion empfindlich geschwächt werden könnte.

Bereits Ende des 18. Jahrhunderts waren die Gebiete nordöstlich des ins Schwarze Meer mündenden Flusses Dnjestr an das russische Zarenreich gefallen. Katharina die Große ließ die Stadt Odessa gründen. Über den Hafen lief ein Großteil des Weizen- und Kornexports Russlands. Die Ukraine diente damals als eines der wichtigsten Getreideanbaugelände Europas. Nach dem Ende des Krimkrieges (1853–1856) begannen die Industrialisierung des Donezbeckens und ein langanhaltender wirtschaftlicher Aufschwung. In dessen Folge wurde das Schienennetz ausgebaut, und die Ukraine wurde Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem der international wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugergebiete. Circa 90 Prozent des damaligen russischen Getreideexportes stammten von dort, 43 Prozent der Weltproduktion an Gerste hatten hier ihren Ursprung.

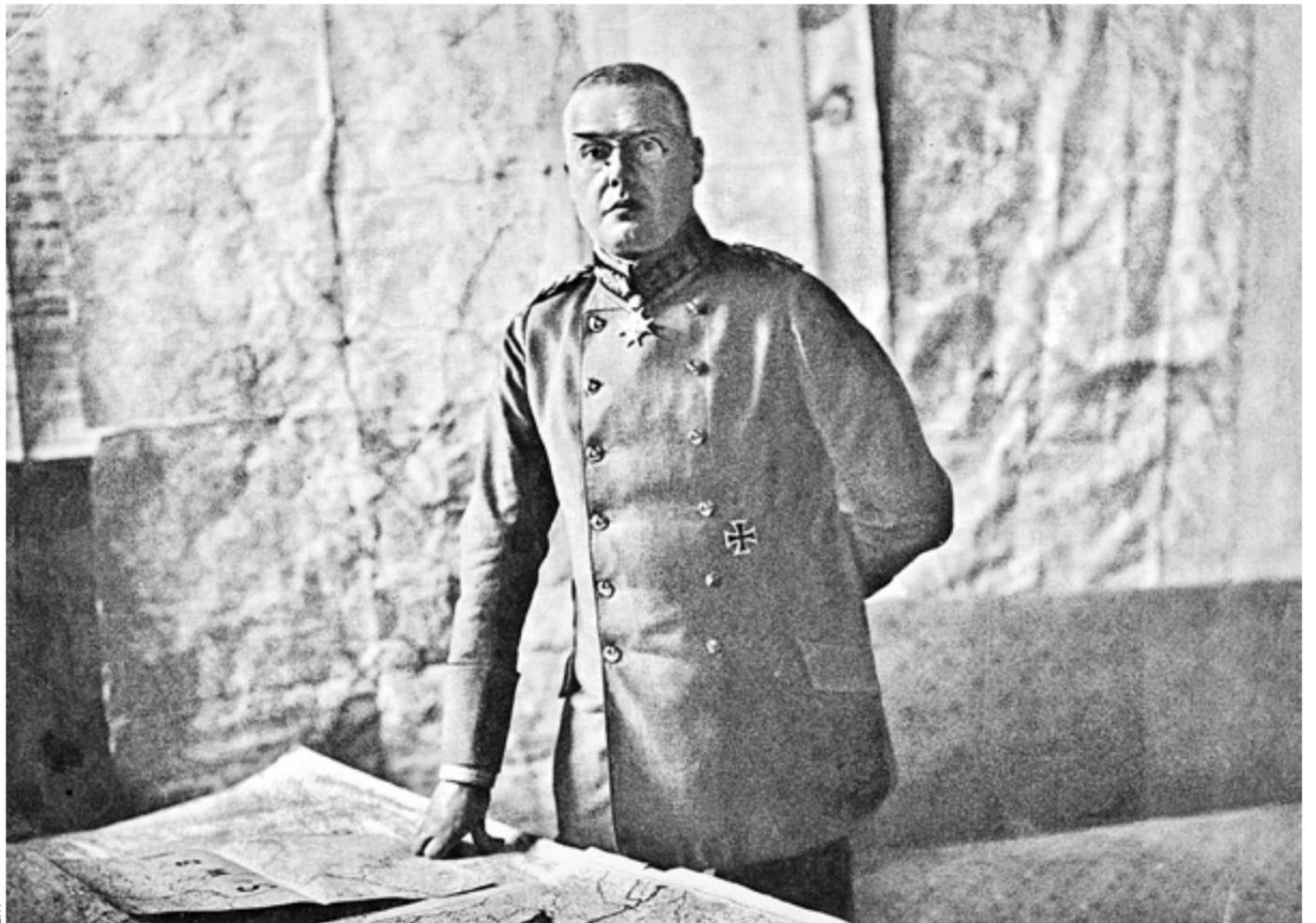
### Ziel der Eroberung

Im Deutschen Kaiserreich sahen viele ostelbische Junker deswegen die »südrussischen« Agrarproduzenten als ihre direkten Konkurrenten an.<sup>1</sup> Auch schielte man in Berlin auf die schwarze Erde zur Ernährung der eigenen Bevölkerung. So wurde die Ukraine im von Deutschland vom Zaun gebrochenen Ersten Weltkrieg zu einem zentralen Eroberungsziel des Deutschen Kaiserreichs. Bereits von Beginn des Konflikts an unterstützten hochrangige Politiker der Mittelmächte den exilukrainischen »Bund zur Befreiung der Ukraine« sowie ähnliche Organisationen.

Infolge der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 in Russland und eines zwei Monate später stattfindenden allukrainischen Nationalkongresses gründeten Intellektuelle die Zentralna Rada, den Zentralrat. Vor allem die Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Partei der Sozialrevolutionäre dominierten diese Versammlung. Nach Erweiterungen um Arbeiter, Bauern und Soldaten verabschiedete das provisorische Parlament im Juni desselben Jahres eine Erklärung, wonach die Ukraine in einem föderativ organisierten Russland autonom werden solle und an Friedensgesprächen teilnehmen müsse. Auf Einladung Berlins reisten Rada-Vertreter im Dezember 1917 zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk. Die russischen Bolschewiki, die im November an die Macht gelangt waren, hatten dem zugestimmt.

Da Russland und also auch die Ukraine sich offiziell weiterhin als Teil der Entente im Kriegszustand mit Deutschland befanden, versuchten zunächst Frankreich und Großbritannien Einfluss auf Kiew auszuüben. Die britische Regierung ernannte den Generalkonsul Seiner Majestät in Odessa zum »britischen Repräsentanten für die Ukraine«, und auch ein französischer Vertreter reiste in die Hauptstadt des Souveränitäts beanspruchenden Landes. Die Westalliierten offerierten der Rada Kredite für den Fall, dass sie weiterhin mit Deutschland im Krieg bleiben würde.<sup>2</sup> Die Front verlief damals noch durch die Westukraine – circa 350 Kilometer westlich von Kiew. Doch aus der Annäherung zwischen der Ukraine und den Westmächten wurde nichts, und der britische Repräsentant musste aufgrund der nahenden deutschen Truppen bald aus Kiew fliehen.

Als die Verhandlungen der Mittelmächte mit den russischen Bolschewiki zwischenzeitlich zu einem Stillstand kamen, unterzeichneten in der Nacht vom 9. zum 10. Februar 1918 die Vertreter Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und des Osmanischen Reichs mit den ukrainischen Abgesandten den sogenannten Brotfrieden. Die Rada hatte Ende Januar das Land für unabhängig erklärt, und Berlin war schnell bereit, dies anzuerkennen. Das Interesse der deutschen politischen und militärischen Führung an der Ukraine hatte vor allem wirtschaftliche Gründe: Ukrainisches Ge-



Der Schriftsteller Joseph Roth wusste noch, was heute viele gerne vergessen möchten: »Der ukrainische Nationalismus ist ein deutsches Patent. Die Deutschen haben ihn erfunden, um den russischen Staat zu zerschlagen.« Einer dieser Erfinder war der General und Diplomat Max Hoffmann, der von einer deutschen Siedlerkolonie auf der Krim träumte – Hoffmann in Brest-Litowsk, Anfang 1918

# Spielball der Großmächte

Heute vor 100 Jahren schlossen Abgesandte aus Kiew und Vertreter der Mittelmächte den sogenannten Brotfrieden – die Ukraine entstand. **Von David X. Noack**

treide sollte nach Deutschland exportiert werden. Daher auch der Name Brotfrieden. Mit der Unterzeichnung des Separatfriedens von Brest-Litowsk wurde die Vision eines ukrainischen Staates erstmals Wirklichkeit. Denn der Verzicht auf weite Gebiete von der Ostsee bis ans Schwarze Meer und zum Kaukasus einschließlich der Ukraine war der Preis, den die Delegation um Leo Trotzki für den Frieden von Brest-Litowsk zahlen musste.

Doch um die Ukraine als Staat sah es im Frühjahr 1918 ziemlich schlecht aus. Die Rada-Regierung hatte nach der Einnahme Kiews durch die Rote Armee die eigene Hauptstadt verloren und musste in das 130 Kilometer weiter westlich gelegene Schitomir ausweichen. Bereits im Januar hatten Bolschewiki am Schwarzen Meer die Sowjetrepublik Odessa gegründet, im Februar folgte die Sowjetrepublik Donezk-Kriwoi Rog im Osten des Landes und im März die Taurische Sowjetrepublik auf der Krim. Alle russischsprachigen Gebiete der Ukraine sowie Kiew standen damit unter der Kontrolle der Bolschewiki. Aber das blieb nicht so. Um von den berühmten Schwarzerdeböden profitieren zu können, beabsichtigte die deutsche Militärführung, die gesamte Ukraine zu besetzen. Mit deutscher Hilfe konnten die Truppen der Ukrainischen Volksrepublik Anfang März 1918 Kiew wieder einnehmen. Kurz darauf zerschlugen die Mittelmächte auch die Sowjetrepublik Odessa, und Ende April 1918 besetzten deutsche Truppen die Krim.

Trotz des Erfolgs der deutschen Strategie zur Zerschlagung Russlands entwickelten sich die

Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Ukraine zunächst schlecht. Die Getreideausbeute fiel geringer aus, als Berlin erwartet hatte. Außerdem führten die Mitte-links-Kräfte in der Rada den Achtstundentag ein, forcierten die Enteignung von Großgrundbesitzern, die Verstaatlichung von Bodenschätzen, Wäldern, Gewässern und Schwerindustrie und etablierten eine staatliche Kontrolle der Banken. Das war definitiv nicht im Interesse der Deutschen. Wegen der Unzufriedenheit mit der ukrainischen Nationalregierung unterstützte das Kaiserreich daher im Mai 1918 den Putsch des in Wiesbaden geborenen einstigen zaristischen Generals Pawlo Skoropadski. Auf diesen setzten auch die Großgrundbesitzer und die kleine Finanzelite des Landes. Die anvisierten Sozialisierungsmaßnahmen wurden wieder zurückgenommen oder verhindert. Skoropadski ernannte sich selbst zum »Hetman« – also Kosakenanführer – des Ukrainischen Staates, wie das Land fortan hieß.

Mit deutscher Hilfe errichtete Skoropadski ein monarchisches System, welches paradoxerweise viele Russischsprachige in Führungspositionen brachte. Mit dem Abbruch der Bodenreform machte sich der Hetman bei den Bauern unbeliebt, weswegen viele von ihnen sich fortan für die Bolschewiki aufgeschlossen zeigten. Unter dem neuen Staatsoberhaupt begann außerdem die Phase der offenen deutschen Besatzung. Diese Okkupation bestand jedoch lediglich aus einem »dünnem Netz an den Bahnlängen entlang«<sup>3</sup> und in den großen

Städten des ukrainischen Festlandes. Die Deutschen schienen nur daran interessiert, das Getreide sicher nach Mitteleuropa abtransportieren zu können.

### Die deutsche Riviera

Einen Sonderfall bei der offenen deutschen Besatzungspolitik stellte die Krim dar. Zwischen der politischen und militärischen Führung in Berlin bestanden unterschiedliche Ansichten über die Zukunft der ukrainisch, russisch und krimtatarisch besiedelten Schwarzmeerhalbinsel. Einige Militärs bevorzugten die Errichtung einer deutschen Siedlerkolonie. General Max Hoffmann, der an den Verhandlungen in Brest-Litowsk teilgenommen hatte, bezeichnete die Krim als »deutsche Riviera«.<sup>4</sup> Doch die Politik bremste. Unter dem Schutz der kaiserlichen Truppen bildete sich im Juni 1918 auf der Halbinsel eine Regierung, die – entgegen Wünschen aus dem Auswärtigen Amt – nicht mit der Ukraine zusammengehen wollte. Aufgrund des Abgrenzungskurses vom ukrainischen Festland verhängte Skoropadski eine Wirtschaftsblockade. Da die deutschen Besatzungsbehörden diesen Zustand nicht dauerhaft tragen wollten, tauschten sie die Krim-Regierung kurzerhand aus. Die neue Regierung strebte eine Union mit der Ukraine an.

Während die ukrainischen Beziehungen zur Krim sich schwierig entwickelten, konnte der Kiewer Hetman in Südrussland an Einfluss gewinnen. Mit der Volksrepublik Kuban östlich des Asowschen Meeres ging die Ukraine eine Union mit dem Ziel eines gemeinsamen Staates ein. Skoropadskis Pläne gingen sogar noch weiter: Ihm schwebte eine Großukraine mit Vasallenstaaten in Bessarabien (Moldau), dem Dongebiet, Astrachan und auf der Krim vor. Diese Hegemoniepläne passten den Deutschen ganz gut. Einflussreiche deutsche Militärs vertraten die Auffassung, dass die Ukraine als eine Art Brücke nach Persien, Indien und an den Indischen Ozean genutzt werden könne.

Diese Pläne wurden allerdings schnell von den Entwicklungen an anderen Fronten des Ersten Weltkriegs eingeholt. Ende September 1918 scherte Bulgarien aus dem Bündnis der Mittelmächte aus und schloss einen Waffenstillstand mit den Alliierten. Ende Oktober folgten das Osmanische Reich und Österreich-Ungarn. Anfang November unterzeichnete Staatssekretär Matthias Erzberger gemeinsam mit mehreren deutschen Militärs im nordfranzösischen Compiègne einen Waffenstillstand mit den Abgesandten Frankreichs und Großbritanniens. Der Erste Weltkrieg endete.

Beide Seiten legten unter anderem fest, dass die Deutschen aus allen besetzten Gebieten des früheren Zarenreiches abziehen und die Schwarzmeerhäfen für die Briten und Franzosen öffnen sollten, auch der Friedensvertrag von Brest-Litowsk sollte annulliert werden. So zogen die deutschen Truppen infolge des Waffenstillstands im Dezember 1918 ab – und mit ihnen Hetman Skoropadski.

### Diktatur des Direktorats

Auf das Ende des monarchischen Systems unter dem früheren Zarengeneral folgte eine nationalistische Diktatur des sogenannten Direktorats. In diesem saßen zwei Sozialdemokraten, ein Sozialrevolutionär sowie jeweils ein Vertreter des Bauernverbandes und der Eisenbahnarbeiter. Binnen kurzem setzte sich Simon Petljura als der neue starke Mann durch. Der Mitbegründer der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Kriegsminister der ersten Rada-Regierung vom Juni 1917 bis Januar 1918 wandte sich während seiner Zeit als Diktator von der Sozialdemokratie ab und dem Nationalismus zu. Um in dem kriegsgeplagten Land die Autorität des Direktorats durchzusetzen, verließ sich die Regierung auf das Militär. Nach Dekreten des Direktorats herrschten lokale Atamane in den verschiedenen Provinzen des nun wieder Ukrainische Volksrepublik genannten Staates. Diese Militärs hatten sowohl Administrativ- als auch Justizaufgaben.

Die Diktatur des Direktorats traf vor allem im Südosten des Landes auf scharfen Widerstand. Im Januar 1919 konnte dort die sogenannte Revolutionäre aufständische Armee der Ukraine ein Gebiet mit einer Größe von 100.000 Quadratkilometer befreien. Unter der Führung des Anarchisten Nestor Machno versuchte die Bewegung eine staatenlose Gesellschaft, die »Freie Ukraine«, zu errichten. Doch infolge des anhaltenden Bürgerkrieges wurde die Machnowschtchina zwischen ukrainischen sowie weißen und roten russischen Truppen aufgerieben.

In Kiew und anderen Gebieten des vom Direktorat kontrollierten Territoriums kam es derweil zu bis dato beispiellosen antisemitischen Pogromen. Laut Schätzungen kamen dabei zwischen 35.000 und 50.000 Menschen ums Leben. Als Reaktion darauf veröffentlichte Lenin eine Verurteilung der antisemitischen Ausschreitungen. Im Juni 1919 legte der sowjetrussische Rat der Volkskommissare ein Programm zur Entschädigung der Pogromopfer auf.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und unter den Bedingungen des Waffenstillstands von Compiègne geriet die Ukraine wieder ins Visier der Westalliierten. Die Grundlage dafür schuf die Besetzung Konstantinopels durch eine gemeinsame Streitmacht der Alliierten. Infolgedessen landeten französische und griechische Truppen in Odessa und marschierten ins etwa hundert Kilometer östlich gelegene Nikolajew (heute Mykolajiw). Britische Truppen wiederum drangen in den Kaukasus vor. Die Planung und Umsetzung der französischen Ukraine-Expedition trug einen kolonialen Charakter.<sup>5</sup> Nach erbittertem Widerstand der Roten Armee sowie grüner – also sozialrevolutionärer – Truppen zogen die Franzosen nach wenigen Monaten wieder ab. Lediglich die Briten versuchten weiterhin, die Landkarte des Schwarzmeergebietes neu zu zeichnen. In London hatte der liberale Premierminister David Lloyd George den früheren Vizekönig Britisch-Indiens, Lord Curzon, zum Außenminister ernannt und somit den Hardlinern eine gewichtigere Rolle im Kabinett gegeben. Bei einer Sitzung des Kriegskabinetts im Herbst 1919 formulierte Lloyd George das »ultimative Ziel« der britischen Außenpolitik: »Die Frage ist, wäre es im Interesse des Britischen Weltreiches, ein einheitliches Russland zu haben – egal ob bolschewistisch oder antibolschewistisch – oder andere Tendenzen zu unterstützen? Ein zusammenhängendes Russland hätte den natürlichen Drang zur Ausdehnung und würde das britische Weltreich und



Osteuropa am Ende des Ersten Weltkriegs

den Frieden in der Welt gefährden. Die andere Alternative wäre, gewisse unabhängige Staaten wie die Ukraine und vielleicht sogar Turkestan zu haben.«<sup>6</sup>

### Britische Intervention

Nachdem die britische Regierung also das deutsche Kriegsziel der Zerschlagung Russlands und der Eroberung der ukrainischen Kornkammern übernommen hatte, folgten die ersten Personalentscheidungen, um diesen Kurs durchzusetzen. Außenminister Lord Curzon ernannte Halford Mackinder zum britischen Hochkommissar für Südrussland. Die beiden kannten sich aus Studienzeiten in Oxford und hatten vor dem Krieg prominente Rollen in der Royal Geographical Society – Mackinder als Forscher und Curzon als ihr Präsident. In dieser Funktion dürfte letzterer Mackinders berühmte Schrift über den »Geographischen Dreh- und Angelpunkt der Geschichte« (»The Geographical Pivot of History«, 1904) gelesen haben.<sup>7</sup> Mackinder, der darin die Kontrolle des eurasischen »Herzlandes« (»Heartland«) als Schlüssel zur weltweiten Dominanz beschreibt, formulierte auch Pläne für eine Zerstückelung des europäischen Russlands in viele Einzelstaaten. Im Kaukasus, im Baltikum, in Südrussland und auf dem Gebiet Weißrusslands und der Ukraine sollten neue Staaten entstehen, um den Zugang Moskaus zum Schwarzen Meer zu verhindern.

Der Geograph reiste nach Noworossijsk und traf sich im Hinterland der russischen Schwarzmeerküstenstadt mit dem Anführer der russischen Weißen, General Anton Iwanowitsch Denikin. Von diesem bekam der Begründer der Geopolitik die Garantie für die Unabhängigkeit der »Randstaaten«, also auch der Ukraine. Nach London zurückgekehrt, musste Mackinder jedoch feststellen, dass seine Pläne der Balkanisierung des früheren Zarenreiches selbst im britischen Kabinett auf wenig Gegenliebe stießen. Bildungsminister

H.A.L. Fisher schrieb danach in sein Tagebuch, dass die Idee absurd sei. Selbst Lloyd George rückte davon ab. General Denikins Kräfte befanden sich derweil auf dem Rückzug, und nach fünf Jahren Weltkrieg und anschließendem westalliierten Interventionskrieg in Russland zeigten sich große Teile der britischen Bevölkerung kriegsmüde. Im Februar 1920 trat Mackinder zurück, im April verkündete Denikin seinen Rückzug und floh von der Krim nach Konstantinopel. Nach Denikin versuchte der baltendeutsche General Pjotr Wrangel, die weißen Kräfte zum Sieg im Russischen Bürgerkrieg zu führen. Auch er scheiterte. Im November 1920 zogen die letzten antikommunistischen Kräfte von der Krim ab. Die britischen Pläne, die Ukraine von Russland abzuspalten, fanden ihr Ende.

### Polnische Interessen

Der Konflikt um die Ukraine ging aber weiter. Siegreich aus dem Kampf gegen die Weißen hervorgegangen, kontrollierte die Rote Armee im Frühjahr 1920 einen Großteil des Landes. Militärisch in die Ecke getrieben, unterzeichnete ein Abgesandter des ukrainischen Direktorats in Warschau einen Allianzvertrag mit der polnischen Regierung. Dieser sah vor, dass Polen alle Gebiete westlich des Dnjeprs erhalten würde. Im Januar 1920 startete die polnische Armee daraufhin diverse Offensiven und nahm die Gebiete bis nach Kiew ein. Unterstützt wurden die polnischen Truppen von Beratergruppen aus Frankreich, Großbritannien und Japan. Die Gegenoffensive brachte die Rote Armee jedoch bis kurz vor Warschau, wo die sowjetischen Streitkräfte allerdings geschlagen wurden. Der Krieg endete wenige Monate später mit dem Frieden von Riga. Damit kam Osteuropa nach sieben Jahren zum ersten Mal zur Ruhe. Die Ukrainische SSR umfasste fortan große Teile der Ost-, Süd- und Zentralukraine. Hauptstadt wurde zunächst Charkow und nicht das lediglich 200 Kilometer von der polnischen Grenze entfernte Kiew. Polen wiederum verleihte

sich die Westukraine ein, und das westlich gelegene Ruthenien fiel an die Tschechoslowakei.

Nachdem die gewaltsamen Auseinandersetzungen beendet und die Grenzen neu gezogen waren, änderte vor allem Deutschland seine Strategie. In Berlin setzten einflussreiche Politiker und Militärs auf eine Annäherung an die Sowjetunion, die in den Vertrag von Rapallo mündete. Infolge der Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Beziehungen etablierte die Weimarer Republik eine Botschaft in Moskau und ein großes Generalkonsulat in Leningrad. Daneben errichteten die Deutschen im Verlauf der 1920er Jahre sechs weitere diplomatische Vertretungen in der Sowjetunion – davon allein drei in der Ukraine (Charkow, Kiew und Odessa). Auch bei den Bemühungen der wirtschaftlichen Durchdringung der UdSSR stand das Land wieder im Fokus deutscher Expansionsbemühungen.

Trotz der sich gut entwickelnden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen und der geheimen Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee gab es in der deutschen politischen Führung immer wieder antisowjetische Stimmungen. Im Jahr 1925 beauftragte Außenminister Gustav Stresemann einen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, er solle evaluieren, »ob in der Ukraine polenfreundliche Tendenzen vorhanden seien und ob eine Trennung der Ukraine aus dem Verband der Sowjetunion denkbar sei.«<sup>8</sup> Eine mögliche Eingliederung der Ukraine in den polnischen Staatsverband hätte an die Allianz des Warschauer Vertrages anknüpfen können. Außerdem wäre Polen somit an einen zweiten Meereszugang gekommen, und Deutschland hätte Polen den sogenannten »Korridor« nach Königsberg als Konzession abringen können. Doch das ließ sich nicht umsetzen, und die Weimarer Regierung hatte Mitte der 1920er Jahre auch gar nicht die Mittel, um solch eine erneute Separation der Ukraine ins Werk zu setzen. Das sollte sich erst mit der Wiederaufrüstung der 1930er Jahre ändern.

### Diaspora und Gedenken

Verschiedene ukrainische Politiker gingen nach der Aufteilung der Ukraine zwischen Polen, der Tschechoslowakei und Sowjetrussland ins Exil. Warschau, Prag, Wien, Berlin und Paris entwickelten sich zu Zentren der ukrainischen politischen Diaspora. In Frankreich beispielsweise ließen sich der Anarchist Machno, der frühere Krim-Regierungschef Solomon Krim und der Nationalist Simon Petljura nieder. Letzteren erschoss der russischstämmige Dichter Scholom Schwarzbard im Mai 1926 in Paris, da seine Familie während der Pogrome 1919 getötet worden war. Der Diktator des Direktorats, Petljura, wird heute in Teilen der Ukraine als Held gefeiert. Im Oktober 2017 enthüllten ukrainische Offizielle im zentral-ukrainischen Winniza die erste Statue für den nationalistischen Staatschef.

#### ■ Anmerkungen:

- 1 Frank Golczewski: Deutsche und Ukrainer 1914–1939, Paderborn 2010, S. 39
- 2 Natalya Yakovenko: Ukraine in British Strategies and Concepts of Foreign Policy, 1917–1922 and after. In: *East European Quarterly* 36 (2003), Nr. 4, S. 465–479; hier: S. 466
- 3 Golczewski, a. a. O., S. 324
- 4 Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966, S. 153
- 5 J. Kim Munholland: The French Army and Intervention in Southern Russia 1918–1919. In: *Cahiers du monde russe et soviétique* 22 (1981), Nr. 1, S. 43–66; hier: S. 44
- 6 Zit. n. Yakovenko, a. a. O., S. 471
- 7 B. W. Blouet: Sir Halford Mackinder as British High Commissioner to South Russia 1919–1920. In: *The Geographical Journal* 142 (1976), Nr. 2, S. 228–236; hier: S. 231
- 8 Zit. n. Martin Walsdorff: Westorientierung und Ostpolitik – Stresemanns Russland-Politik in der Locarno-Ära, Bremen 1971, S. 50

■ David X. Noack schrieb an dieser Stelle zuletzt am 25. Oktober 2017 über den Verkauf Alaskas durch Russland an die USA vor 150 Jahren.

#### ■ Lesen Sie morgen auf den/iW-Themaseiten:

### Weltpolitische Wende – der Aufstieg Russlands und Irans

Von Jörg Kronauer